

Postulat Fraktion SP (Katharina Altas/Marieke Kruit, SP): Einführung des Zeitvorsorgesystems in Bern

Zeitvorsorge ist ein „nicht-zeitgleiches Zeitgutschriftensystem“ zur Betreuung und Unterstützung hilfsbedürftiger älterer Menschen. Leistungsfähige Rentnerinnen und Rentner erbringen im Austausch gegen Zeitgutschriften häusliche Unterstützungsdienste für hilfsbedürftige Betagte. Solche Unterstützungsdienste können Hilfestellungen bei Einkäufen oder beim Kochen sein, aber auch Begleitung bei Spaziergängen, Arztbesuchen oder das Vorlesen eines Buches. Explizit soll hier betont werden, dass die Zeitvorsorgenden keine pflegerischen Aufgaben übernehmen. Die rüstigen Pensionierten können dank Zeitvorsorge einerseits soziale Verantwortung übernehmen, andererseits sparen sie sich dadurch ein Zeitguthaben an, das sie einlösen können, sobald sie selber auf Hilfestellungen angewiesen sind.

Angesichts der demografischen Entwicklung besteht kein Zweifel, dass der Bedarf an solchen Leistungen weiter ansteigen wird. Das Zeitvorsorge-Modell könnte diese Engpässe etwas entschärfen. Es erlaubt hilfsbedürftigen Seniorinnen und Senioren, länger in ihrer gewohnten Umgebung zu bleiben, womit der Eintritt in ein Alters- oder Pflegeheim hinausgezögert werden kann, was im Interesse der Betroffenen sowie der Bevölkerung liegt. Klar ist, das System der Zeitvorsorge ist kein Ersatz für Spitex-Leistungen jeglicher Art und darf deshalb nicht dazu führen, dass bei den Leistungen der aufsuchenden Pflege gespart wird. Ziel soll sein, hilfsbedürftigen Betagten ein Altern in Würde zu ermöglichen, mehr Lebensqualität zu sichern und eine soziale Isolation zu vermeiden.

Damit das Zeitvorsorgesystem funktioniert, müssen möglichst alle bestehenden Anbieter von Hilfeleistungen für Seniorinnen und Senioren eingebunden werden. Diese Anbieter (Spitex, Pro Senectute, Frauenzentrale, das Rote Kreuz, MigrantInnen-Vereine usw.) sollen professionell zwischen Zeitvorsorgenden und hilfsbedürftigen Betagten vermitteln, damit die passenden Personen zueinander geführt und qualitativ gute Leistungen angeboten werden. Für die Vermittlung sollen die vermittelnden Stellen abgolt werden.

Das Zeitvorsorgesystem geht auf einen Vorschlag von Alt-Bundesrat Pascal Couchepin zurück und wurde im Dezember 2012 in St. Gallen eingeführt (<http://www.stadt.sg.ch/home/gesellschaft-sicherheit/aeltere-menschen/zeitvorsorge.html>). Die Evaluation des Projekts ist in St. Gallen für das Frühjahr 2017 geplant. Doch bereits jetzt haben etliche Schweizer Gemeinden (Chur, Schaffhausen, Berneck, Arbon, Regensberg etc.) und die Kantone Aargau und Zürich Interesse am Projekt bekundet und machen Abklärungen dazu.

Solange das Projekt noch nicht auf gesicherten Füßen steht, müsste eine Eventualverbindlichkeit festgelegt werden, die jedoch nicht sofort in der laufenden Rechnung erscheint. In St. Gallen betrug die Eventualverbindlichkeit 3,4 Mio. Franken. Sie dient als Garantie bei einem Scheitern des Projekts, um die angesparten Zeitguthaben der Zeitvorsorgenden in Dienstleistungen abgolt zu können.

Wir bitten den Gemeinderat zu prüfen, ob das System „Zeitvorsorge“ auch in der Stadt Bern eingeführt werden kann.

Bern, 29. Januar 2015

Erstunterzeichnende: Katharina Altas, Marieke Kruit

Mitunterzeichnende: Yasemin Cevik, Peter Marbet, Nadja Kehrl-Feldmann, Rithy Chheng, Halua Pinto de Magalhães, Fuat Köçer, Patrizia Mordini, Michael Sutter, David Stampfli, Lukas Meier, Stefan Jordi, Annette Lehmann, Gisela Vollmer, Ingrid Kissling-Näf